

Die Erhöhung der Hundesteuer.

Der vor einigen Tagen im Stadtrat angenommene Antrag, den Magistrat zu beauftragen, ebensolchem dem Gemeinderat eine Vorlage zu unterbreiten, welche eine Erhöhung der Hundesteuer von 8 auf 20 K. vorsieht, hat in Kreisen der Hundebesitzer großen Eindruck hervorgerufen. Es gilt als naheliegend, daß nicht etwa der Mehrertrag an Steuern das Motiv des Antrages bildet, vielmehr handelt es sich, wie wir vernehmen, hauptsächlich um eine Sanierung im Interesse der Öffentlichkeit, wobei die strengere Einhaltung einer Kontrolle der Hundekontumaz im Vordergrund steht und ganz besonders dem unbeaufsichtigten Herumläufen von Hunden vorgebeugt werden soll. Die Erhöhung der Hundesteuer würde, wie angenommen wird, die enorm angewachsene Zahl der Hunde — schon vor einigen Jahren zählte man 60,000 — entsprechend vermindern und dadurch auch die Weiterverbreitung contagiöser Hundekrankheiten zum Vorteil der Öffentlichkeit herabmindern. Wie wir erfahren, dürften jedoch Versuche unternommen werden, eine eventuelle Vorlage in der genannten Richtung zu modifizieren. Die Tierärztlichen Kreise weisen darauf hin, daß eine Söherbesteuerung auch die Gefahr einer Verheimlichung von Hunden zur Folge haben könnte. Niemand brauche heute mehr einen Hund, den er nicht länger behalten wolle, auf die Straße hinauszustoßen. Das Tierschutzhaus in Ottakring hole jeden Hund auf Verlangen des Eigentümers ab und die Zahl der aufgenommenen Hunde zähle jährlich nach vielen Tausenden.

Außerdem wird geltend gemacht, daß entschieden eine Berücksichtigung der ärmeren Hundebesitzer, deren einzige Freude oft ein jahrelang an den Herrn gewöhntes Tier sei, Platz greifen müßte. Es wäre unbillig, den „einzigsten Freund“ armer, gebrechlicher Leute, mit dem das letzte Stückchen Brot geteilt werde, ebenso hoch zu besteuern, wie den Besitzer mehrerer und nicht unbedingt nötiger Hunde oder gar den Inhaber eines Zwingers für ein ganzes Rudel Luxus-hunde, deren Halten wohl mehr als Sportsache aufzufassen sei. Von den sogenannten „Gebrauchshunden“ — Zuchtieren — brauche heute nicht mehr die Rede zu sein, da diese letzteren erstens ohnehin immer mehr verschwinden, zweitens eine Verwendung von Zughunden als nicht zu billigerde Tierquälerei aufzufassen ist. Auch die Wachhunde, besonders in Familien, deren Mitglieder eingeriicht sind, seien zum Schutze unentbehrlich. Schließlich wäre nach Ansicht der Tierschutzkreise ein erhöhter Verwaltungsapparat bei Einführung der neuen Steuer unvermeidlich. Schon heute bleiben jedoch die wegen rückständiger Hundesteuer geführten Exekutionen zumeist ergebnislos. Gerade im gegenwärtigen Kriege habe sich übrigens die Verwendung von Kriegs- und Sanitätshunden als derart erfolgreich erwiesen, daß es zweckmäßig erschiene, die Hundezucht nicht durch zu große Steuerbelastung zu erschweren. Im äußersten Falle wäre die Steuer höchstens stufenweise, je nach dem Grade der Berücksichtigungswürdigkeit, der Verwendung und der Zahl der Hunde zu bemessen.

Zu der geplanten Steuererhöhung soll nun in Eingaben und Besprechungen seitens der Wiener hervorragenden Tierschutzvereinigungen

Stellung genommen werden. Der Plan der neuen Hundesteuer war schon im Jahre 1912 aufgetaucht, wurde aber damals wieder fallengelassen.

Wir erhalten aus Leserkreisen folgende Zuschrift: „Anlässlich der Beratung des Hauptvoranschlages der Gemeinde Wien für das kommende Jahr wurde eine Erhöhung der Hundesteuer auf 20 K. in Aussicht genommen. Ein ungeeigneterer Zeitpunkt für diese sicherlich höchst unpopuläre finanzielle Maßnahme hätte kaum gewählt werden können, als es der jetzige ist. Durch eine so empfindliche Erhöhung der Steuer für die Lieblinge vieler Familien würden in unsrer ohnehin an Tränen reichen Zeit voraussichtlich noch viel mehr Tränen vergossen werden, denn es gibt gewiß Tausende von Familien, welche die 20 K. nicht werden aufbringen können und sich von ihren treuen Freunden werden trennen müssen. Und hat sich nicht gerade in diesem Kriege der Hund als Freund, ja als Lebensretter des Menschen erwiesen? Zweifellos wären viele Hunderte unsrer schwerverwundeten Brüder, Väter und Gatten elend zugrundegegangen und würden noch weiter zugrundegehen, wenn die Kriegshunde nicht wären. Und schließlich: Was wird diese Erhöhung austragen? Vielleicht bestenfalls 80,000 bis 100,000 K. Und wegen dieser Lappalie sollen Tausende von Familien in Trauer versetzt werden? Hoffen wir, daß dieser Antrag nicht die Zustimmung unsrer Vertretung findet!“